

MICHAEL GLASS

«LIEBER ROT ALS SCHWUL»?

HOMOPHOBE KOMMUNISTEN IN OSTEUROPA: OBSKURANTISMUS TRIFFT AUF STALINS GEIST

Am 30. Juni 2013 trat in der Russischen Föderation ein Gesetz in Kraft, das positive Äußerungen – «Propaganda», wie es im Gesetz heißt – über Homosexualität in Anwesenheit von unter 18-Jährigen unter Strafe stellt. Diskriminierung aufgrund von «sexueller Orientierung» und Genderidentität gehört in den postsowjetischen Ländern leider nach wie vor zum Alltag. Nach Angaben der schwul-lesbischen Interessenvertretung ILGA Europe rangiert, was die menschenrechtliche Situation von Homosexuellen betrifft, unter allen 49 europäischen Ländern Russland auf dem letzten Platz, dicht gefolgt von Armenien, Aserbaidschan, Moldova, der Ukraine und Belarus.¹ Diese Platzierung ist leider nicht zuletzt dem Wirken politischer Kräfte in diesen Ländern geschuldet, die sich selbst gern als «Linke» bezeichnen. Die Homosexuellen in Osteuropa, die Ausgrenzung und Diskriminierung erfahren, brauchen unsere Solidarität. Europas Linke müssen sich entscheiden, mit wem sie dort den Schulterschluss wollen.

DIESE UND JENE ZEITEN – EIN RÜCKBLICK

Gegen das Gesetz gab es Proteste. Auch der Moskauer Lehrer Ilja Kolmanowski protestierte: «Ich sagte, alle Forschungen hätten gezeigt, dass Homosexuelle psychisch normale Menschen sind, und die weltweite Wissenschaftlergemeinschaft habe seit Langem die Annahme widerlegt, dass Homosexualität eine Krankheit sei. Ich habe gesagt, dass ich als Vater und Lehrer eine Gefahr darin sehe, wenn unsere Gesellschaft homosexuelle Jugendliche in den Untergrund treibt – das endet häufig mit Selbstmord. Und ich habe auch gesagt, dass das Gesetz darauf abzielt, unter den Menschen Feindschaft zu säen und unsere ohnehin bereits kaputte Gesellschaft zu spalten.» Daraufhin kündigte die Schule dem Lehrer, was später allerdings als «Missverständnis» dargestellt wurde. Auf Kolmanowskis Frage, ob «jene Zeiten» sich etwa wiederholen würden, soll der Direktor, der selbst die «Säuberung» der Schulen von Dissidenten erlebt hatte, geantwortet haben, dass «jene Zeiten» nie vorbei gewesen seien. Ein Blick zurück.

Homosexualität wurde von der russisch-orthodoxen Kirche stets als «Sünde» angesehen, doch gebe es, so der britische Experte Kevin Moss, zahlreiche Belege, dass sie vor den «westlichen» Reformen Peters des Großen in der Gesellschaft mehr oder weniger toleriert war. Jedenfalls gab es keine offiziellen juristischen Sanktionen. Das erste Gesetz in Russland, das männliche Homosexualität unter Strafe stellte, stammt aus dem Jahr 1716, galt aber nur für Angehörige von Armee und Marine. Das Strafgesetzbuch von 1835 sah dann die Ausweitung der Strafbarkeit auf Zivilisten vor, denen bis

zu fünf Jahre Verbannung drohte. Mit der (nie in Kraft getretenen) Strafrechtsnovellierung 1903 wurde das Strafmaß auf drei Monate Gefängnis herabgesetzt. Moss schreibt, dass um die Jahrhundertwende die Toleranz gegenüber Homosexuellen zugenommen habe. «War die Zeit zwischen den Revolutionen 1905 und 1917 das Silberne Zeitalter in der russischen Literatur, so war sie für Russlands Homosexuelle so etwas wie eine Goldene Ära.» Jedenfalls für Angehörige der herrschenden Elite, die ein relativ offen homosexuelles Leben führen konnten. Dazu gehörten auch Mitglieder des Zarenhofes.² Für die Legalisierung von Homosexualität setzten sich damals vor allem Anarchisten und Kadetten (Konstitutionelle Demokraten) ein.

Die recht liberale juristische Praxis in Bezug auf Homosexualität wurde nach der Februarrevolution 1917 unter der hauptsächlich von Kadetten gestellten Provisorischen Regierung unter Fürst Georgi Lwow und der darauffolgenden Koalitionsregierung unter dem Sozialrevolutionär Alexander Kerenski beibehalten. Mögen sie gezögert haben, den Krieg zu beenden und den Bauern Land zu geben: Die Amnestie für politische Gefangene, die Abschaffung der Todesstrafe und die Respektierung bürgerlicher Rechte und Freiheiten fanden damals gebührende Anerkennung, nicht zuletzt bei Lenin, der in seinen Aprilthesen schrieb: «Russland ist zur Zeit das freieste von allen kriegführenden Ländern.»

Auch wenn sich das mit dem «freiesten Land» unter den Bolschewiki dann änderte, war Homosexualität nach der Oktoberrevolution straffrei – zumindest in Russland und der

Ukraine. In der öffentlichen Meinung wurde sie nach wie vor mit bourgeoiser und aristokratischer Dekadenz assoziiert. Im Kaukasus und in den muslimischen Gebieten Zentralasiens wurden homosexuelle Beziehungen in den 1920er Jahren weiterhin bestraft, obwohl oder gerade weil sie hier keineswegs selten waren.

Sind sich ExpertInnen auch uneins über die Wirkung der bolschewistischen Revolution auf die Situation für Homosexuelle, so ist es doch Tatsache, dass mit ihr das Strafrecht der Zarenzeit faktisch außer Kraft gesetzt worden war und sich im neuen Strafgesetzbuch der Russischen Sowjetrepublik von 1922 (sowie in der 1926 überarbeiteten Fassung) kein einziger Artikel mit Bezug auf Homosexualität fand. Sowjetrussland nahm damit in jener Zeit eine Vorreiterrolle in Europa ein, worauf viele seiner MedizinerInnen und JuristInnen stolz waren. Und in der Regierung Lenin saß nicht nur Alexandra Kollontai, Propagandistin der «freien Liebe», als Sozialministerin, sondern gab es mit Georgi Tschitscherin auch einen schwulen Außenminister und mit Anatoli Lunatscharski einen Bildungsminister, über den zumindest kolportiert wird, dass er nicht nur Frauen zugetan war. Lenin hatte damit offenbar kein Problem, Alexei Rykow, sein Nachfolger als Regierungschef bis 1930, auch nicht.

Die liberale Haltung der Staatsmacht endete, als Anfang der 1930er Jahre wieder traditionelle Geschlechterrollen und Familienbeziehungen propagiert wurden. Mutterschaft erfuhr nun eine besondere Förderung, der Abbruch der Schwangerschaft wurde erneut unter Strafe gestellt, Ehescheidungen wurden erschwert. Die konservative Wende in der Familienpolitik unter Stalin hatte vermutlich mehrere Gründe, darunter auch demografische und volkswirtschaftliche. Ohnehin traf bei den Konservativen in der Partei und beim bäuerlichen Milieu die von Kollontais feministischen Ideen beeinflusste «liberalste Familienpolitik Europas» von Beginn an auf wenig Zustimmung.

In den 1930er Jahren war es zudem in linken und antifaschistischen Kreisen Europas üblich, einen wesenhaften Zusammenhang zwischen Homosexualität und Faschismus zu suggerieren. «Rottet die Homosexuellen aus – und der Faschismus wird verschwinden» soll eine gängige «Redewendung» gelaute haben, will man Maxim Gorki glauben.⁴ Sich für die Rechte von Homosexuellen einzusetzen war für die Linke nun kein ernsthaftes Anliegen mehr. Klaus Mann war damals einer der wenigen, die sich öffentlich von der linken Homophobie angewidert zeigten: «Man ist im Begriffe, aus dem Homosexuellen den Sündenbock zu machen – den Juden der Antifaschisten. Das ist abscheulich.»⁵

In diesem Kontext wurde Homosexualität in der Sowjetunion wieder kriminalisiert. Der stellvertretende Chef der Geheimpolizei OGPU, Genrich Jagoda, legte Stalin Ende 1933 einen Gesetzentwurf zur Strafbarkeit von Homosexualität vor. Zuvor waren in Moskau und Leningrad 130 Männer verhaftet worden, denen man vorwarf, sich mit der «Schaffung eines Netzes von Salons, Zentren, kriminellen Lokalen, Gruppen und anderer organisierter Formen von Päderasten» befasst zu haben, mit dem Ziel der «weiteren Umwandlung dieser Gruppen in direkte Spionagezellen». Diese Gruppen wollten angeblich in konterrevolutionärer Absicht die Jugend politisch zersetzen und Armee und Flotte infiltrieren. «Ein Gesetz, mit dem man die Päderasten zur Verantwortung ziehen könnte, existiert in unserem Strafrecht nicht.»⁶ Im März 1934 wurde daraufhin das Strafgesetzbuch um den Art. 154a (ab dem Jahr 1960 dann Art. 121) ergänzt, wonach

auf einvernehmliche sexuelle Beziehungen zwischen Männern bis zu fünf Jahre Haft standen.

Es bleibt viel Spekulation, was der letztlich Grund für die erneute Kriminalisierung gewesen ist, warum der entsprechende Politbüro-Beschluss als «streng geheim» deklariert wurde und warum gerade Maxim Gorki am 23. Mai 1934 in *Prawda* und *Iswestija* die einzige offizielle «Begründung» gab. «Während in dem Land, wo das Proletariat mannhaft und erfolgreich herrscht, die Homosexualität, welche die Jugend verdirbt, ein soziales Verbrechen ist und bestraft wird, agiert sie im Kulturland der großen Philosophen, Wissenschaftler und Musiker frei und ungestraft.»⁷

Ein Jahr später wurde dann in Deutschland – in der Folge der «Röhm-Affäre», die von den Nationalsozialisten auch dazu genutzt wurde, ihr Ansehen in wertkonservativen, katholischen Bevölkerungskreisen zu heben – der § 175 verschärft und die Höchststrafe, wie in der Sowjetunion, auf fünf Jahre Gefängnis heraufgesetzt. Wie im NS-Regime eignete sich auch in der Sowjetunion die Strafbarkeit von Homosexualität zur Verfolgung politischer Gegner, unabhängig von deren tatsächlicher sexueller Orientierung. In den großen Schauprozessen spielte Homosexualität allerdings nur im Fall des NKWD-Chefs Nikolai Jeschow eine Rolle. In der «Tauwetter-Periode» unter Nikita Chruschtschow wurde dann die Gesetzgebung zu Heirat, Scheidung und Abtreibung wieder liberalisiert, nicht jedoch der Stalin'sche Homosexuellen-Paragraf. Er galt bis 1993 und blieb selbst während der Perestroika Michail Gorbatschows unangetastet.

RUSSLAND

Für das Gesetz gegen die «Propagierung nichttraditioneller sexueller Beziehungen» votierten in der abschließenden Lesung am 11. Juni dieses Jahres 436 der 450 Duma-Abgeordneten, dagegen niemand, und lediglich ein einziger Abgeordneter aus den Reihen der Partei Gerechtes Russland enthielt sich. Die übrigen ParlamentarierInnen fehlten bei der Abstimmung. Deren Votum hätte an der Eintracht zwischen der Kremlpartei und den politischen Kräften, die in der Duma Opposition spielen (dürfen), gewiss nichts geändert.

Demnach ist es in ganz Russland verboten, in Anwesenheit von unter 18-Jährigen oder über Medien, wie das Internet, positiv über Homosexualität zu sprechen. Anliegen des Gesetzes sei es, Kinder vor «schädlichen Informationen» zu schützen. Bei Zuwiderhandlungen drohen hohe Geldbußen. Medien oder Organisationen können für drei Monate geschlossen werden. AusländerInnen können zudem bis zu 15 Tage «in Gewahrsam» genommen und des Landes verwiesen werden. Ähnliche Gesetze galten zuvor bereits in einzelnen russischen Städten und Regionen, so auch in der für ihre Offenheit und Vielfalt bekannten Metropole St. Petersburg.

Selbst wenn man zur sowjetischen Strafrechtspraxis, Schwule ins Gefängnis oder in die Psychiatrie zu stecken, nicht zurückkehrte, wie es unter anderem Russlands Kommunisten wollen, so muss man dennoch konstatieren: Die Rechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender (LGBT) in Russland, insbesondere die Rede- und Versammlungsfreiheit, wurden von der Regierung und der parlamentarischen Opposition seit 1993, als der Art. 121 abgeschafft wurde, nie so eindeutig beschnitten, wie es mit diesem Gesetz getan wurde. Sexuelle Aufklärung und HIV/Aids-Prävention werden erschwert, Angst auf der einen und Hass auf der anderen Seite geschürt. Nicht wenige Kritiker meinen, das Gesetz gebe grünes Licht für eine Jagd auf Schwule.

Protest dagegen gibt es nicht nur von russischen LGBT-AktivistInnen, sondern auch im Ausland, wie die Berichterstattung über die jüngste Leichtathletik-WM in Moskau oder die Diskussion über einen möglichen Boykott der Olympischen Winterspiele in Sotschi zeigen.

UKRAINE

Im Frühjahr 2012 wurde ein Gesetz in das ukrainische Parlament eingebracht, mit dem es illegal werden soll, über Homosexualität in der Öffentlichkeit positiv zu sprechen. Homosexualität bedrohe die nationale Sicherheit, denn sie begünstige die Ausbreitung der HIV/Aids-Epidemie, zerstöre die Institution der Familie und könne eine demografische Krise herbeiführen, heißt es in der Begründung des Gesetzes. «Es ist bekannt, dass jede Form der sexuellen Freizügigkeit in der Gesellschaft immer zu großen sozialen, wirtschaftlichen und epidemiologischen Problemen führt.» Initiator und federführender Autor des Gesetzes war der Abgeordnete Evgeny Zarkov von der Kommunistischen Partei der Ukraine, der hier auf die Unterstützung seiner GenossInnen zählen konnte.⁸

Das Gesetz, das «HomopropagandistInnen» nicht nur eine Geldstrafe wie beim russischen «Modell», sondern Freiheitsentzug bis zu fünf Jahren androht, ist am 2. Oktober 2012, kurz vor der Parlamentswahl, in erster Lesung angenommen worden. 289 Abgeordnete stimmten für das Gesetz Nr. 8711 (es firmiert heute unter der Nr. 0945), nicht ein einziger votierte dagegen. Es gab eine Enthaltung. Eine solche parteiübergreifende Einmütigkeit wie bei Homophobie und Obskurantismus ist im Parlament, in dem man sich ansonsten auch schon gern einmal prügelt, eher die Ausnahme. Man darf gespannt sein, ob das kürzlich von KP-Chef Petro Symonenko eingebrachte Gesetz Nr. 2128 über die Wiedereinführung der Todesstrafe ähnlich breite Zustimmung finden wird. Große Sympathie dafür gibt es jedenfalls bei der Bruderpartei in Moskau, die dies in Russland auch anstrebt.

Der im Kampf gegen Homosexualität und Homosexuelle besonders engagierte ehemalige Komsomol-Chef Zarkov begründete seine Initiative damit, dass «die Situation mit der Homosexualität» in der Gesellschaft an einem «kritischen Punkt» angelangt sei. «In der Sowjetunion war für so etwas gerechterweise eine Gefängnisstrafe vorgesehen! Wir streben in die Europäische Union, aber dort werden aktiv gleichgeschlechtliche Ehen propagiert. In Berlin beispielsweise werden auf Initiative der Senatsverwaltung für Bildung den Schülern solche Erscheinungen erläutert, und man zeigt ihnen Anleitungen. Das ist Sodom und Gomorrha!»⁹

MOLDOVA

Das Beispiel der russischen und ukrainischen Nachbarn spornte schließlich auch die GenossInnen in Moldova an. Es begann in Bălți, der zweitgrößten Stadt des Landes, wo der Stadtrat «die aggressive Propagierung nichttraditioneller sexueller Orientierungen» untersagte. Der Gesetzentwurf war von der Partei der Kommunisten eingebracht worden, der größten Partei des Landes, die auch Mitglied der Europäischen Linken ist. Der Parteivorsitzende Vladimir Voronin erklärte im Frühjahr letzten Jahres vor 20.000 AnhängerInnen unter Anspielung auf das von der EU geforderte, von den Kommunisten aber strikt abgelehnte Verbot von Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung: «Ausgerechnet am Vorabend des Großen Fastens forcieren sie [die konservativ-liberalen Regierungsparteien] die Zustimmung des Parlaments – in der Regierung ist es ja bereits beschlossen – dazu,

Homosexuellen die Durchführung ihrer Aktivitäten zu erlauben, dass diese die gleichen Rechte haben sollen wie all die Christen unseres Landes, in dem 97 Prozent der Bevölkerung die Orthodoxie praktizieren. So etwas dürfen wir nicht zulassen.» Der Parteichef beglückwünschte die EinwohnerInnen Bălțis, «dass die Stadt eine von Homosexuellen freie Stadt geworden ist». Ähnliches «muss nunmehr im ganzen Land geschehen, in jedem Ort. Ein Ort nach dem anderen muss frei werden von diesem europäischen Blödsinn, der von ich weiß nicht woher zu uns gekommen ist.»¹⁰ Medial flankiert wurde Voronins Aufforderung, das Land «homofrei» zu machen, durch entsprechende Beiträge in Printmedien und im TV-Sender der Partei, dem inzwischen allerdings wegen «fehlender Meinungspluralität» die Sendelizenz entzogen worden ist.

Am 23. Mai 2013 verabschiedete das Parlament ohne Vorankündigung und öffentliche Diskussion ein Gesetz, das die Verbreitung von Informationen untersagt, «die für Prostitution, Pädophilie, Pornografie oder jegliche anderen Beziehungen außerhalb von Ehe und Familie, wie sie in der Verfassung und im Familienkodex definiert sind, werben». Bei Zuwiderhandlungen drohen Geldstrafen und die Einstellung der Tätigkeit von Organisationen bis zu einem Jahr. Der Autor, Serghei Sirbu, war zum Zeitpunkt des Einbringens des Gesetzentwurfs im Juni 2012 Mitglied der kommunistischen Fraktion (er trat Ende letzten Jahres aus). Seine ehemaligen GenossInnen verließen vor der Abstimmung den Plenarsaal. Sie wollten damit nicht etwa gegen das Gesetz protestieren, sondern dagegen, dass ihre Forderung, aus dem Antidiskriminierungsgesetz das «Verbot der Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung» zu streichen, nicht auch zur Abstimmung gestellt wurde.

PROTEST UND SOLIDARITÄT ZEIGEN!

Wo bleibt der deutsche Protest, fragte am Tag der Duma-Abstimmung im Januar *Die Zeit*. Es gibt ihn durchaus, er kommt unter anderem von der deutschen Linken: gegen «Homophobie in Russland», gegen «das Gesetz», gegen «den lupenreinen Demokraten» Vladimir Putin, der als Drahtzieher hinter allem gesehen wird. Die Verantwortlichen für die Ausgrenzung und Diskriminierung von Menschengruppen in Osteuropa heißen aber nicht nur Putin, sind nicht nur in der russischen Hauptstadt zu finden, nicht nur im Kreml und auf Regierungsbänken und nicht nur auf dem rechten Flügel des politischen Spektrums. Eine präzisere Frage könnte lauten: Wo bleibt eigentlich der öffentliche Widerspruch emanzipatorischer Linker gegen den homophoben Eifer von «GenossInnen» in Russland, der Ukraine und Moldova? Nichts sehen (wollen)? Nichts hören (wollen)? Jedenfalls nichts dazu sagen.

Willi Gerns, 82-jähriges DKP-Urgestein, wollte dazu nicht schweigen. In einem Beitrag für sein Parteiblatt *Unsere Zeit* schrieb er: «Die Zustimmung der KPRF zu einem solchen Gesetz muss Kommunisten nicht nur verwundern, es macht betroffen. [...] Dabei ist das Votum der KPRF-Abgeordneten eigentlich keine Überraschung. War doch schon im September 2010 im Zusammenhang mit dem in Petersburg geplanten zweiten internationalen Festival «Queer-Kultur» [...] in der KPRF-Zeitung *Sowjetskaja Rossija* zu lesen: «Dem Wesen der Sache nach wird in St. Petersburg 10 Tage lang offene, legalisierte und effektive Propagierung von Sittenverderbnis und Laster stattfinden. [...] Wir sind sicher, dass diese Zeit ausreichen wird, um die Seelen tausender Kinder und Heranwachsender zu verderben.» [...] Schließlich stellte die *Sowjetskaja Rossija* die Behauptung auf, dass die sexuellen Minderheiten

das Milieu bilden, «in dem Pädophile und sexuelle Triebtäter herangezogen werden.»¹¹

Die queere DKP-Jugend merkte in einer Fußnote zu Gerns Beitrag an: «Die KPRF tritt regelmäßig aktiv homophob auf.» Als es bei der vorletzten Duma-Wahl 2007 darum ging, mit welchem Slogan die KPRF antreten sollte, favorisierte die Parteiführung «Lieber rot als blau!» (Лучше красный, чем голубой!), laut Parteichef Gennadij Sjuganow eine Idee der Kom-somol-Partei Jugend, die ihm sehr gut gefallen habe. Blau ist die Farbe der Kremlpartei Einiges Russland. Warum dies ein origineller Slogan sein soll, erschließt sich nur, wenn man weiß, dass «голубой» im Umgangssprachlichen auch für «schwul» steht. Vor Jahren schon von einem TV-Journalisten befragt, ob es unter seinen Kampfgefährten Homosexuelle gebe und ob diese überhaupt Kommunisten sein könnten, antwortete Sjuganow lakonisch: «Das ist nicht normal.»¹²

Der Umgang mit Homosexualität ist allerdings nur eine Facette im neuen (alten) Frauen-, Familien- und Gesellschaftsbild der Partei. So erklärte die KPRF im Herbst 2011, es gehöre zu den vordringlichsten Anliegen der «linkspatriotischen» Kräfte, «Maßnahmen zur Wiedergeburt der Familie auf der Grundlage traditioneller Werte des russischen Volkes zu ergreifen» und «für die Lösung des demografischen Problems die Aufmerksamkeit auf die Wiederherstellung der traditionellen Rolle der Familie und der sozialen Rollen von Vater und Mutter zu richten, mit den familienzerstörerischen Programmen der sogenannten «Familienplanung», der «Sexualerziehung in der Schule», des «Jugendstrafrechts» etc. Schluss zu machen, das unveräußerliche Recht der Familie auf Erziehung ihres Kindes sicherzustellen, zum sowjetischen Strafrechtsartikel, der die Propagierung nichttraditioneller sexueller Orientierung unter Strafe stellte, zurückzukehren, die Förderung von Unmoral, Korruption, außerehelichen Beziehungen und ungesunder Lebensweise unter Strafe zu stellen, Scheidungsverfahren durch Einführung der Schuldfeststellung zu erschweren, [...] die Alleinerziehendenfamilie sozial und ökonomisch unattraktiv zu machen.»¹³

Der 2011 verstorbene Soziologe und Sexualwissenschaftler Igor Kon schrieb unter dem Titel «Lackmustest der russischen Demokratie», die Entkriminalisierung der Homosexualität 1993 sei nicht das Ergebnis einer Erleuchtung der Regierung oder eines zunehmenden öffentlichen Drucks gewesen. Es sei einzig und allein darum gegangen, Zutritt zum Europarat zu erhalten. Obwohl oder gerade weil es keinerlei offizielle Erklärung dieses Schrittes gab, sei Homosexualität zunehmend ins Blickfeld der Öffentlichkeit gerückt und habe den konservativen Teil der Gesellschaft verärgert. «Homosexuelle wurden zum Sündenbock für alle Probleme in Russland – angefangen von der Demoralisierung in der Armee bis hin zur abnehmenden Geburtenrate», so Kon.¹⁴

Was treibt die Parteien bei diesem Thema an? «Die Politiker fühlen sich beunruhigt durch die abnehmende Unterstützung in der Bevölkerung, und in einer solchen Situation fällt man leicht repressive Entscheidungen», sagt Mark Urnov, Politikwissenschaftler an der renommierten Moskauer Hochschule für Ökonomie. «Sie haben die Hoffnung aufgegeben, die progressiven Gruppierungen, die Freiheit und Rechte fordern, für sich einzunehmen, und bemühen sich deshalb um das – zumal wesentlich größere – konservative Lager in der Bevölkerung.»¹⁵

Es geht nicht nur um Populismus, es scheint gefährlicher zu sein. Kon schrieb: «Ich sehe hier eine Kampagne der Homophobie, Forderungen, irgendetwas zu verbieten, zu schließen [Bars, Treffpunkte, kulturelle Einrichtungen] etc. Das wi-

derspricht ganz eindeutig allgemeinen Tendenzen der Kultur und unserer Gesetzgebung. Und das hängt leider zusammen mit einem umfassenderen Phänomen – nämlich der zunehmenden Xenophobie, dem Hass und der Feindseligkeit gegenüber allem, was anders, was fremd ist.»¹⁶ Nicht nur Kon kommt zu dem Schluss, dass die Hatz auf die Homosexuellen lediglich eine Variante des grassierenden Fremdenhasses sei.

Mit einer Reminiszenz an Martin Niemöller erklärte der eingangs erwähnte Lehrer zu den Motiven seines Protestes: «Es gibt Situationen, wo man nicht länger schweigen darf; «sind Juden und Kommunisten weg, dann kommen sie zu dir, und dann gibt es niemanden mehr, der dich verteidigt». Ich weiß, dass ich mich einsetzen musste für die Rechte dieser Minderheiten, gegen Obskurantismus, gegen Hass, gegen die Spaltung der Nation aufgrund irgendwelcher Merkmale. Und gerade auch deshalb, weil ich nicht schwul bin. Entschuldigung für das Pathos: Aber wir brauchen den Schulterchluss mit diesen Menschen auch deshalb, weil nach ihnen wir dran sind. Es ist der Moment gekommen, wo Schweigen noch gefährlicher ist als Reden. Wir müssen reden, alle zusammen, alle zugleich – und dann werden Angst und Hass wie ein Kartenhaus zusammenfallen.»

Dass LGBT-AktivistInnen in Osteuropa die Unterstützung durch die Rosa-Luxemburg-Stiftung schätzen, mit der Linken aber oft dennoch so ihre Probleme haben, hängt nicht nur mit ihrem Entsetzen über den Kurs der Kommunisten in ihren Ländern zusammen. Westliche Botschafter und EU-Erweiterungskommissar Štefan Füle waren im Mai beim Christopher Street Day in Chişinău dabei, Münchens Grüne und Sozialdemokraten beim ersten «Marsch für Gleichberechtigung» in Kiew, die PolitikerInnen Volker Beck und Ulrike Lunacek sind in der Region für ihr Engagement bekannt. VertreterInnen der Europäischen Linken, die vor Ort ihre Solidarität zeigen, wären ganz gewiss auch gern gesehen. Und schließlich: Gregor Gysi hat dafür plädiert, Russlands diskriminierten Homosexuellen Asyl in Deutschland zu gewähren. Einige finden es irritierend, wenn hier Solidarität mit den Opfern bekundet und zugleich dort, bei anderen Themen, der Schulterchluss mit den (Mit-)Tätern der homophoben Kampagnen gesucht wird. Beides zugleich dürfte für emanzipatorische Linke nicht gehen.

Michael Glaß ist Projektmanager Osteuropa in der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

1 www.ilga-europe.org/home/publications/rainbow_europe. 2 www.svoboda.org/content/article/24886120.html. 3 <http://community.middlebury.edu/~moss/RGC2.html>. 4 <http://gorkiy.lit-info.ru/gorkiy/articles/article-361.htm>. 5 Zit. nach: www.cultpress.de/alexzinn_dateien/graswurzel.htm. 6 Grau, Günter: Lexikon zur Homosexuellenverfolgung 1933–1945, Münster 2011, S. 287 f. 7 <http://gorkiy.lit-info.ru/gorkiy/articles/article-361.htm>. 8 http://ukraine-nachrichten.de/strafat-toleranz_3654_meinungen-analysen. 9 http://ukraine-nachrichten.de/radaabgeordnete-reichen-gesetzentwurf-verbot-propaganda-homosexualit%C3%A4t_3179_politik. 10 www.kp.md/daily/article/2813042/. 11 Unsere Zeit vom 1.2.2013. 12 www.gaynews.ru/news/article.php?ID=2671. 13 http://kprf.ru/rus_soc/97350.html. 14 <http://sexology.narod.ru/info170.html>. 15 http://russland-heute.de/gesellschaft/2013/03/07/ein_gesetz_fuers_einfache_volk_22327.html. 16 www.kp.ru/daily/press/detail/292/h.

IMPRESSUM

STANDPUNKTE international wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig V. i. S. d. P.: Henning Heine
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de
ISSN 1867-3163 (Print), ISSN 1867-3171 (Internet)
Redaktionsschluss: August 2013
Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin
Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation
Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100 % Recycling